



Amtsblatt

Regierung von Niederbayern

Nr. 11

Freitag, 13. August 2010

50. Jahrgang

Kommunalverwaltung

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land für das Wirtschaftsjahr 2010..... S. 85

Landes- und Regionalplanung

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Landshut für das Haushaltsjahr 2010 S. 86

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald für das Haushaltsjahr 2010 S. 87

Schulwesen

Verordnung über die Volksschulorganisation in der Stadt Passau
Vom 23. Juli 2010, Nr. 44-5101/189-2..... S. 87

Verordnung über die Volksschulorganisation im Landkreis Passau
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5101/189-2..... S. 88

Verordnung über die Volksschulorganisation im Markt Wegscheid
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58 S. 88

Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Breitenberg und Sonnen
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58 S. 88

Verordnung über die Volksschulorganisation in der Stadt Hauzenberg
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58 S. 89

Verordnung über die Volksschulorganisation in der Stadt Hauzenberg und der Gemeinde Thyrnau
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58 S. 89

Verordnung über die Volksschulorganisation im Markt Eichendorf, Landkreis Dingolfing-Landau und im Schulverband Wallerfing, Landkreis Degendorf
Vom 29. Juli 2010, Nr. 44-5103-18 S. 89

Vollzug des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG); Errichtung einer kommunalen Schule zur Sprachförderung (Hauptschule)..... S. 90

Kommunalverwaltung

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land für das Wirtschaftsjahr 2010

§ 1

I.

Aufgrund der Art. 40 und 26 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) und § 17 der Verbandssatzung hat der Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land folgende Haushaltssatzung erlassen, die hiermit gemäß Art. 24 Abs. 1 KommZG und Art. 65 Abs. 3 GO bekannt gemacht wird:

¹Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 wird hiermit festgesetzt. ²Er schließt

im Erfolgsplan
in den Erträgen mit 17.688.000 €
und in den Aufwendungen mit 12.027.000 €

und im Vermögensplan
in den Einnahmen
und in den Ausgaben mit 1.828.000 €

ab.

HERAUSGEBER, VERLAG und DRUCK:
Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Tel. (08 71) 8 08 - 01

ERSCHEINUNGSWEISE und BEZUGSBEDINGUNGEN:
Erscheint 3-wöchentlich. Abonnement durch den Herausgeber. Preis halbjährlich 18 Euro.
Einzelnummer 1,50 Euro zuzüglich Versandkosten. Der Bezug des Amtsblattes kann 4 Wochen vor dem 30.06. oder 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden.
Einzelhefte nur durch den Herausgeber.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wird auf 400.000,00 € festgesetzt.

§ 5

Umlagen nach § 18 der Verbandssatzung werden nicht erhoben.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

II.

(1) Die Haushaltssatzung 2010 enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

(2) Der Wirtschaftsplan 2010 liegt gemäß Art. 40 Abs. 1 und 2 KommZG in Verbindung mit Art. 65 Abs. 3 GO vom Tage nach der Veröffentlichung der Haushaltssatzung eine Woche lang in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 94315 Straubing, Äußere-Passauer-Straße 75, während der üblichen Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Straubing, 14. Juni 2010
ZWECKVERBAND ABFALLWIRTSCHAFT
STRAUBING STADT UND LAND

Markus Pannermayr
Oberbürgermeister
Verbandsvorsitzender

Landes- und Regionalplanung

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Landshut für das Haushaltsjahr 2010

I.

Aufgrund des Art. 7 Abs. 5 Nr. 4 BayLplG, Art. 40 ff. KommZG und Art. 55 ff. LkrO erlässt der Regionale Planungsverband Landshut folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird im

Verwaltungshaushalt

in Einnahmen auf	125.000 €
in Ausgaben auf	125.000 €

und im

Vermögenshaushalt

in Einnahmen auf	8.309 €
in Ausgaben auf	8.309 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird auf 10.000 € festgesetzt.

§ 5

¹Zur Finanzierung des nicht gedeckten Aufwandes wird von den Verbandsmitgliedern im Haushaltsjahr 2010 eine **Umlage von 0,05 € pro Einwohner** erhoben (vgl. § 16 Abs. 2 der Verbandssatzung). ²Maßgeblich für die Berechnung der Umlage ist die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2008 (vgl. § 16 Abs. 3 und 4 der Verbandssatzung).

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2010 in Kraft.

II.

¹Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile (Schreiben der Regierung von Niederbayern vom 6. Juli 2010, Az. 55.1-8199). ²Der Haushaltsplan liegt bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2010 (31. Dezember 2010) bei der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes Landshut, Regierungsplatz 540, 84028 Landshut, während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Landshut, 12. Juli 2010
REGIONALER PLANUNGSVERBAND
LANDSHUT

Alfons Sittinger
Erster Bürgermeister
Verbandsvorsitzender

**Haushaltssatzung
des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald
für das Haushaltsjahr 2010**

Aufgrund von Art. 5 Abs. 4 Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLplG), Art. 57 ff. Landkreisordnung (LkrO) und Art. 41 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (KommZG) erlässt der Regionale Planungsverband Donau-Wald folgende Haushaltssatzung:

I.

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 63.400,00 €

im Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 0,00 €

ab.

§ 2

¹Eine Umlage wird nicht erhoben. ²Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt sind nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 2.550,00 € festgesetzt.

§ 5

Der Beschluss über die mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2010 in Kraft.

II.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Der Haushaltsplan liegt ab dem Tag der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt vier Wochen bei der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes im Landratsamt Straubing-Bogen, Leutnerstraße 15, 94315 Straubing, während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Straubing, 12. Juli 2010
REGIONALER PLANUNGSVERBAND DONAU-WALD

Alfred Reisinger
Landrat
Verbandsvorsitzender

Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in der Stadt Passau
Vom 23. Juli 2010, Nr. 44-5101/189-2**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die mit Verordnung der Regierung von Niederbayern vom 29. Dezember 1971, Nr. II 6 b-3055 g 88, errichtete

Volksschule Grubweg (Grundschule) erhält die Bezeichnung

Grundschule Passau-Grubweg.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 23. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
im Landkreis Passau
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5101/189-2**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Volksschule Kellberg (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 1 der Verordnung vom 17. Juli 1985, Nr. 240-3369 a 23 (RABI Nr. 15/1985, S. 60), wird mit Ablauf des 31. Juli 2011 aufgelöst.

§ 2

(1) Die Alois-Johannes-Lippl-Volksschule Thyrnau (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom 17. Juli 1985, Nr. 240-3369 a 23 (RABI Nr. 15/1985, S. 60), umfasst die Jahrgangsstufen 1 mit 4 und erhält die Bezeichnung Alois-Johannes-Lippl-Grundschule Thyrnau.

(2) Der Sprengel der Alois-Johannes-Lippl-Grundschule Thyrnau umfasst bis zum Ablauf des 31. Juli 2011 den für die Jahrgangsstufen 1 mit 4 festgesetzten Sprengel der bisherigen Alois-Johannes-Lippl-Volksschule Thyrnau (Grund- und Hauptschule) entsprechend § 2 Buchstabe A der Verordnung vom 17. Juli 1985.

(3) Der Sprengel der Alois-Johannes-Lippl-Grundschule Thyrnau umfasst ab dem 1. August 2011 das Gebiet der Gemeinde Thyrnau.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
im Markt Wegscheid
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632,

BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Der Sprengel der Volksschule Wegscheid (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben mit Verordnung vom 1. März 2004, Nr. 540-5102/292-18 (RABI Nr. 4/2004, S. 29), umfasst das Gebiet des Marktes Wegscheid.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in den Gemeinden Breitenberg und Sonnen
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Der Sprengel der Volksschule Breitenberg (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben mit Verordnung vom 9. Dezember 1975, Nr. 240-3356 c 58 I (RABI Nr. 37/1975, S. 170), umfasst

- a) das Gebiet der Gemeinde Breitenberg und
- b) das Gebiet der Gemeinde Sonnen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in der Stadt Hauzenberg
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Grundschule Krimning-Raßreuth, zuletzt beschrieben in § 1 III der Verordnung vom 20. Oktober 1970, Nr. II 6 b-3582 d 41 (RABI Nr. 55/1970, S. 167), wird aufgelöst.

§ 2

Der Sprengel der Grundschule Hauzenberg, zuletzt beschrieben mit Verordnung vom 3. Juli 1990, Nr. 240-5103/071-6 (RABI Nr. 14/1990, S. 68), wird um das zur Stadt Hauzenberg gehörende Gebiet des Sprengels der Grundschule Krimning-Raßreuth erweitert.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in der Stadt Hauzenberg und der Gemeinde Thyrnau
Vom 27. Juli 2010, Nr. 44-5103-58**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Der Sprengel der „Wirthensohnschule“ Volksschule Hauzenberg (Hauptschule), zuletzt beschrieben mit Verordnung vom 10. September 1979, Nr. 240-3055 g 165 PA (RABI Nr. 25/1979, S. 148), umfasst

- a) das Gebiet der Stadt Hauzenberg und

- b) das Gebiet der Gemeinde Thyrnau.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation
im Markt Eichendorf, Landkreis Dingolfing-Landau
und im Schulverband Wallerfing,
Landkreis Deggendorf
Vom 29. Juli 2010, Nr. 44-5103-18**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2010 (GVBl S. 230), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Verordnung vom 18. April 2006, Nr. 44-5103/050-17, wird aufgehoben. Der Sprengel der Joseph-von-Eichendorff-Schule Eichendorf (Grund- und Hauptschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9 das Gebiet des Marktes Eichendorf.

§ 2

In § 7 der Verordnung vom 21. April 2004, Nr. 540-5102/290-15 (RABI Nr. 7/2004, S. 52), über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Aholming, Moos, Wallerfing und der Stadt Osterhofen, Landkreis Deggendorf, wird Buchstabe A.c) gestrichen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 29. Juli 2010
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald
Regierungspräsident

**Vollzug des Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG);
Errichtung einer kommunalen Schule
zur Sprachförderung (Hauptschule)**

Aufgrund des Art. 27 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Mai 2008 (GVBl S. 158) erlässt der Bezirk Niederbayern folgende

Satzung

§ 1

Die bereits errichteten kommunalen Schulen für Sprachbehinderte - Teilhauptschule I und II, errichtet jeweils mit dem Schulsprengel für den gesamten Regierungsbezirk Niederbayern gemäß Rechtsverordnungen der Regierung von Niederbayern vom 26. April 1988 und 5. September 1994, werden zusammengelegt.

§ 2

¹Die Schule führt die Bezeichnung „Schule zur Sprachförderung (Hauptschule) am Institut für Hörgeschädigte des Bezirks Niederbayern“. ²Sitz der Schule ist die Stadt Straubing.

§ 3

Der Bezirk Niederbayern trägt den Personal- und Sachaufwand für die Schule.

§ 4

Die Satzung tritt zum 1. August 2010 in Kraft.

Landshut, 27. Juli 2010
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein
Bezirkstagspräsident